

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Danny Meiners, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/3836 –

Lebensräume des Rotwildes schützen – Rotwildgebiete auflösen und Hegegedanken auf Grundlage wildbiologischer Forschung weiterentwickeln

A. Problem

Die Fraktion der AfD weist im vorliegenden Antrag darauf hin, dass die Lebensräume von Wild in Deutschland durch den Ausbau von Verkehrswegen und die Zersiedlung der Landschaft zunehmend eingeschränkt werden. Neuerdings führe die Errichtung von Zäunen um Solarparks, zum Herdenschutz und zur Vermeidung der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu einer zusätzlichen Zerschneidung der Lebensräume. Im Falle der Rotwildpopulation gebe es darüber hinaus begrenzte Rotwildbezirke im Süden und Westen Deutschlands, außerhalb derer zur Vermeidung von Wildschäden ein Abschussgebot bestehe.

Dies führe dazu, dass beim Rotwild vermehrt genetische Degeneration auftrete, die sich in Missbildungen wie verkürzten Unterkiefern äußerte. Die Antragsteller legen dar, dass die derzeitigen Maßnahmen zum Schutz des Rotwilds und seiner Lebensräume, z. B. Biotopverbundmaßnahmen oder wildökologische Raumplanung, nicht ausreichend seien.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/3836 abzulehnen.

Berlin, den 25. Februar 2026

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Hermann Färber

Vorsitzender und Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatterin

Dr. Zoe Mayer
Berichterstatterin

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hermann Färber, Peter Felser, Dr. Franziska Kersten, Dr. Zoe Mayer und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 56. Sitzung am 29. Januar 2026 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 21/3836** erstmals beraten und an den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem vorliegenden Antrag soll festgestellt werden, dass die Lebensräume von Wild in Deutschland aus verschiedenen Gründen stark eingeschränkt sind. Vor allem Rotwild sei davon betroffen, was zu Inzucht und genetischer Degeneration führe. Die bisherigen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verbesserung der Situation griffen zu kurz, daher soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, einen Umsetzungsbericht zum neuesten Stand des Bundesprogramms Wiedervernetzung vorzulegen und zur Realisierung von Biotopverbundmaßnahmen und wildökologischer Raumplanung ab 2027 einen eigenständigen Haushaltstitel vorzuschlagen. Außerdem soll sie die Ergebnisse der bisherigen und laufenden Untersuchungen zur Populationsgenetik bei Rotwild zusammenstellen sowie prüfen, ob diese als Basis eines bundesweit einheitlichen Monitorings dienen können.

Als weitere Forderungen an die Bundesregierung nennt der Antrag die Einrichtung eines eigenen Fördertatbestands für die Finanzierung von Wiedervernetzungsmaßnahmen durch private Waldbesitzer im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und die Einführung von verpflichtenden Wildtierquerungshilfen beim Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung auf die Länder einwirken, bestehende Rotwildbezirke aufzulösen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 24. Sitzung am 25. Februar 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/3836 empfohlen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 22. Sitzung am 25. Februar 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/3836 empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 25. Sitzung am 25. Februar 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/3836 empfohlen.

Der **Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 15. Sitzung am 25. Februar 2026 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/3836 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/3836 in seiner 17. Sitzung am 25. Februar 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** merkte an, dass die pauschale Auflösung aller Rotwildbezirke unweigerlich zu größeren Verbisschäden im Wald führen würde, die im Zuge eines klimagerechten Waldumbaus zu vermeiden seien. Besser sei, Lösungen mit allen Beteiligten zu finden. Querungshilfen, Grünbrücken und Wilddurchlässe sollten nur dort gebaut werden, wo sie notwendig und sinnvoll seien. Im Übrigen liege die Zuständigkeit für die meisten im Antrag geforderten Maßnahmen bei den Ländern.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, der Rothirsch sei nicht nur das größte freilebende Wildtier in Deutschland, sondern auch das Tier des Jahres 2026. Seine Nominierung solle auf die Zerschneidung seiner Lebensräume und die Notwendigkeit von mehr Wanderkorridoren aufmerksam machen. Rotwild werde als Forstschädling betrachtet und in manchen Ländern auf einer geringen Fläche quasi eingesperrt, damit könnten Wanderungen und genetischer Austausch nicht mehr stattfinden. In ausgewiesenen rotwildfreien Gebieten dürfe Rotwild jederzeit abgeschossen werden. Genetische Degeneration und Inzucht könnten als Folge einer verfehlten Raum- und Jagdpolitik bereits nachgewiesen werden. Um den genetischen Austausch zu ermöglichen, schlage die Fraktion der AfD die Auflösung rotwildfreier Gebiete sowie die Stärkung der wildökologischen Raumplanung durch gezielte Biotop-Verbundmaßnahmen vor.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass sie Rotwild als größte heimische Wildtierart schützen wolle. Seit 1960 habe sich die Zerschneidung der Wildgebiete durch Infrastrukturmaßnahmen und dichte Besiedelung verdoppelt. Das Rotwildmanagement und die Anpassung von Landschaftsrahmenplänen lägen in der Zuständigkeit der Länder. Auf Bundesebene würden das Bundesprogramm Wiedervernetzung, die nationale Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz für eine bessere Vernetzung der Lebensräume für Rotwild und die Förderung der Biodiversität sorgen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wandte ein, dass der Rotwildbestand in Deutschland zu groß sei, was zu Waldschäden führe. Insofern seien Anpassungen im Jagdrecht und im Bestandsmanagement erforderlich. Den Antrag lehne die Fraktion daher ab.

Die **Fraktion Die Linke** kritisierte, dass mit dem vorliegenden Antrag der Artenschutz gegen klimafreundliche Energieerzeugung ausgespielt werden solle, wenn darin die Einzäunung von Solarparks, ebenso wie der Herdenschutz als belastende Maßnahme für Rotwild bezeichnet würden. Wildbrücken oder ähnliche Querungshilfen seien bei Straßenneubaumaßnahmen aktuell schon üblich. Mit ihrer ablehnenden Haltung gegen das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz habe sich die Fraktion der AfD bisher nicht als Artenschützerin hervorgetan.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 21/3836 abzulehnen.

Berlin, den 25. Februar 2026

Hermann Färber
Berichterstatte

Peter Felser
Berichterstatte

Dr. Franziska Kersten
Berichterstatte

Dr. Zoe Mayer
Berichterstatte

Ina Latendorf
Berichterstatte

